



Mehr auf www.jdjl.org

SCHWERPUNKT, S. 2-5
40 Jahre „68“ – Rückblick auf eine Generation, ihre Ideen und ihr Vermächtnis

GRUNDRECHTE, S. 6-7
Mach's mit! Mit safer-privacy.de Überwachung verhüten und die Privatsphäre schützen

MEDIENPOLITIK, S. 8
Das Google-Imperium - von den Millionengeschäften eines Datenkraken



SOMMERCAMP, S. 15
Das linke Camp zur rechten Zeit am rechten Ort - OSTSEE!

tendenz

FRÜHLING/SOMMER 2008 | SONDERNUMMER 1968

Zeitung der JungdemokratInnen/Junge Linke | A7408F-JD/JL, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin



... und was davon übrig blieb...



Die Beschämung von 1968

Achtundsechziger-Bashing ist in. Gleichzeitig wird das Erbe der Kritischen Theorie entsorgt.

Ein Ungeist geht um in Deutschland – Achtundsechziger-Bashing ist hoch angesagt. Von Unappetitlichkeiten wie Götz Aly's NS-Vergleich kann dabei ruhig abgesehen werden. Auch von den pathologischen Denkverrenkungen eines Horst Mahler oder der jungfreihheitlichen Wendehalsigkeit Bernd Rabehls. Und doch sind es nicht zuletzt Alt-Achtundsechziger, die mit ihrer eigenen Vergangenheit aufräumen zu sollen meinen. Zwei Koordinaten der Kritik spielen dabei eine zentrale Rolle.

Zum einen wird das Abdriften in den Terror als Erbe der 68er-Bewegung mit einer Emphase „aufgearbeitet“, als handle es sich um die unabweisbare Wesensbestimmung der Bewegung. Allein der Umstand, daß ein Mann vom Format Oskar Negts sich gezwungen sieht, die Anwürfe einer Jutta Ditfurth abzuwehren, er habe eine Schlüsselrolle bei dem an Ulrike Meinhof begangenen „Verrat“ gespielt, indiziert das Abstruse der Diskursmatrix.

Ob man sich zu einem bestimmten Zeitpunkt mit Aktivisten der Baader-Meinhof-Gruppe solidarisierte oder nicht, mag ein gewisses Sentiment des damaligen Zeitgeistes tangiert haben, hat aber im übrigen rein gar nichts mit dem zu tun, was die geschichtliche Relevanz der Gesamtbewegung und deren Wirkmächtigkeit ausmachte. Der Terror war ein Epiphänomen des 68er-Pathos, keine aus ihm erwachsene Notwendigkeit. Ihn zum Paradigma der selbstauferlegten Nabelschau zu erheben, heißt genau der Ideologie aufsitzen, die die Überspanntheit der Gruppe zur Kollektivgefahr, Schleyer und seinesgleichen zu säkularen Märtyrern und die damals aufbegehrenden Achtundsechziger in der öffentlichen Meinung der alten Bundesrepublik zum Staatsfeind hat werden lassen.

Zum anderen entledigt man sich mit selbstverleugnendem Vergnügen aller restlichen marxistisch-sozialistischen Bestände ehemaliger Gesellschafts- und Weltansicht. Die kritischen Einsichten der alten Frankfurter Schule werden zudem allesamt über Bord geworfen bzw. in retrospektiv-süffisanten Blick belächelt,

wenn nicht gar höhnisch verlacht. Diejenigen, die die Revolution am lautesten beschworen hatten, sind mittlerweile die auf jede Erinnerung daran am neuralgischsten Reagierenden. Daß dabei gerade Adorno gut marxistisch angemahnt hatte, man befinde sich realiter in keiner revolutionären Situation und möge sich daher mit übereifrigem Aktionismus zurückhalten, wird gern vergessen. Mit hypokritischer Ehrerbietung wurde er im Jahre 2003 zu Tode gefeiert, die Kritische Theorie mithin endgültig zu Grabe getragen, als habe man sich einer nicht ganz ausgestandenen Infektion auch noch feuilletonistisch zu entledigen – akademisch hatte man es ehemals bereits vollbracht.

Es erhebt sich freilich die Frage, was sich am Weltzustand so gravierend geändert habe, daß man sich die regressive ideologische Wendekur von selbst verschreiben zu sollen meint. Der Zusammenbruch des repressiven Sowjetkommunismus kann es wohl kaum gewesen sein; mit dem hatten die Achtundsechziger eh nie allzu viel im Sinn. Auch der ehemals emphatisch kritisierte und mit Verve bekämpfte Kapitalismus ist trotz aller Nomenklaturkoketterie ja mitnichten überwunden, sondern entfaltet inzwischen ungehindert seine menschenverachtenden Strukturen in globalem Maßstab.

Auch die nunmehr alle Lebensbereiche durchdringende Kulturindustrie hat mittlerweile Dimensionen angenommen, die die apokalyptischen Ahnungen und Voraussagen der alten Frankfurter Denker bei weitem überschreiten. Und bei aller vermeintlich freiheitlicher Großzügigkeit der weltumspannenden Jugendkultur haben die autoritären sozialen Muster lediglich ihre äußeren Erscheinungsformen verändert – ihre subkutane Wirkmächtigkeit nimmt unter den Bedingungen real expandierender, wiewohl unsichtbarer gewordener gesellschaftlicher Beherrschung und Verwaltung der Welt zu.

Es wäre nun müßig, diesen Rückgang in die selbstverschuldete (Un)Mündigkeitsfarce moralisch desavouieren zu wollen. Wenn es stimmt, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein – mithin auch das notwendig fal-

sche – bestimmt, dann stand ja nichts anderes zu erwarten, nachdem man beschlossen hatte, die Straßenprügelei gegen den Ministersessel einzutauschen. Sitzt man aber erst einmal im obrigkeitlichen Sessel, verfolgen die Institutionen stets ihre eigene Zwecklogik, der sich die sendungsbewußt durch sie Marschierenden – ob mit Turnschuhen oder bereits toskanisch geläutert – (zumeist eher volens als nolens) zu fügen haben. Daß dabei gerade unter Rot-Grün die geschichtsbewußten politischen Tabus der bundesrepublikanischen Nachkriegsära gebrochen werden sollten (Bundeswehrein-satz bei militärischen Auslandsaktionen und „Reform“ des Asylrechts), nimmt sich freilich dermaßen schräg aus, daß man im Nachhinein in der Tat geneigt sein könnte, „1968“ lediglich als kurzen zeitbedingten Paroxysmus einzuschätzen.

Und doch wäre damit das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Denn was immer die Achtundsechziger-Bewegung sonst noch war, wie immer man ihre ursprünglichen Motivationen und nachmaligen Ausläufer deuten möchte, eines war sie ganz gewiß, und schon darin liegt ihre gravierende historische Bedeutung für Deutschland: Sie war das Aufbegehren gegen eine im 19. Jahrhundert ansetzende und in der Katastrophe des 20. kulminierende deutsche Geschichte, zugleich aber auch das performative Veto gegen das geschichtsvergessene restaurative Klima der Adenauer-Ära.

Sie erhob den Anspruch auf den Neubeginn (einen anderen als den real praktizierten), auf die Überwindung fortwirkender Strukturen sozialen Unheils. Sie schuf damit zumindest die Grundlagen für die neue politische Kultur Deutschlands und seiner Öffentlichkeit. Daß ihr Alter die hohe Zeit ihrer Frühe beschämt, ist wohl unabwendbar, sollte aber doch wenigstens mit ihren eigenen intellektuellen Mitteln reflektiert werden können.

Moshe Zuckermann

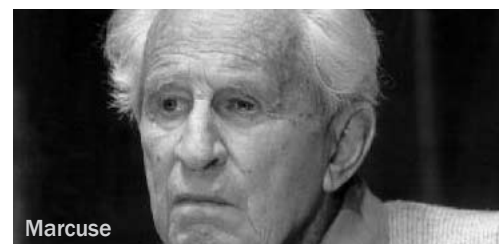
Der Autor ist Soziologe. Er lehrt Philosophie und Geschichte an der Universität Tel Aviv.



Horkheimer



Adorno



Marcuse

Kommentar

Ikonen, Veteranen, Erben, Epigonen

Vom Hausbesetzer zum Bundesminister, vom linken Uni-Protest zum institutionalisierten Durchmarsch eines „neuen SDS: Mit der Berufung auf das politische Erbe von 1968 geht alles...



Im Jahre 40 nach 1968 wird Bilanz gezogen. Die selbsternannten Idealrepräsentanten der Bewegung haben unterdessen längst ihren Rückzug verkündet: Nach dem Ende der rot-grünen Koalition, die als Selbstversöhnung der Protestgeneration mit dem vormals bekämpften „System“ inszeniert worden war, verkündete Ex-Außenminister Fischer das Ende der Geschichte, die er zuvor über sich erzählt hatte: Mit ihm verlässt der letzte Live-Rock 'n' Roller die politische Bühne – danach komme nur noch Playback. Vom Hausbesetzer zum Bundesminister: Die Selbstinszenierung eines politischen Bühnensmenschen hatte ihren Abschluss gefunden.

Mit der Berufung auf das Erbe von 1968 geht alles: Die Durchsetzung der uneingeschränkten „militärischen Handlungsfähigkeit“ als Mittel der BRD-Außenpolitik verlief bemerkenswert reibungslos – begünstigt durch die Einbindung politischer Kräfte mit dem Anspruch, in der Kontinuität der Friedensbewegung zu stehen. Gleiches gilt für die Ausweitung staatlicher Überwachungsbefugnisse nach dem „11. September“, die im deutlichen Widerspruch zu früheren Protesten gegen jede Form autoritärer Staatlichkeit stand.

Um anmaßende Statements im griffigen Zitierformat war die Generation Fischer nie verlegen.

Politische Inhalte wurden dabei jeweils passend aus dem konstruierten Erfahrungshorizont der eigenen Generation '68 begründet. Den Medien gefiel diese Selbstbespiegelung – bot sie doch reichlich Anknüpfungspunkte für polit-feuilletonistische Betrachtungen. Die Ikonen der pensionierten Protest-Veteranen von 1968 sind zuvor schon von der kommerzialisierten Popkultur absorbiert worden – spätestens als 1995 eine Swatch-Uhr mit Che Guevara-Gesicht im Zifferblatt vermarktet wurde.

Dass die Identifikation mit dem Aufbegehren von damals politische Bonuspunkte bringen kann, bemerkte auch der neue Hochschulverband der Linkspartei und eignete sich mit dem Kürzel SDS den Markennamen der zentralen Organisation des Protests von 1968 an. Diesen historischen Bezug erklärt und relativiert ein Artikel im Campusmagazin des „neuen SDS“. Zwar projiziert dieser einige seiner Ziele auf das historische Vorbild. Allerdings distanziert er sich von dessen Parteiunabhängigkeit: Durch den 1961 erfolgten Rauswurf aus der SPD habe der historische SDS den „Bezug zum Rest der Bevölkerung“ verloren.

Den vermeintlichen Fehler des SDS vor 1968 will der neue Verband als DIE LINKE.SDS nicht wiederholen: Er erklärte sich in seiner Satzung bereits zur Teilor-

ganisation des Jugendverbands der neuen Pünktchenpartei, als dieser noch gar nicht gegründet war und bekannte sich vorauseilend zu dessen noch festzulegenden Grundsätzen. Der „neue SDS“ verpflichtet sich dazu, Versammlungen „parteiöffentlich“ abzuhalten und verleiht seinen Mitgliedsgruppen den „Status als alleinvertretende Hochschulgruppe der Partei DIE LINKE.“

Dass der historische SDS den Gipfel seiner Wirksamkeit erst erreichte, als er sich zum Zentrum der Proteste gegen die 1966 bis 1969 amtierende große Koalition mit SPD-Beteiligung entwickelte und seine dadurch prominent

gewordenen Mitglieder wie Rudi Dutschke erst nach der Lösung von der SPD eingetreten sind – geschenkt. Dass die Proteste der Außerparlamentarischen Opposition (APO) dadurch bestimmt waren, nicht mehr auf die Parlamentsparteien zu setzen, sondern die eigenen Anliegen unabhängig von diesen zu entwickeln und zu vertreten – nebensächlich. Der „neue SDS“ versucht, die Beteiligten an den Protesten gegen Studiengebühren an die Linkspartei zu binden. Vom Uni-Protest zum institutionalisierten Durchmarsch: Mit der Berufung auf das Erbe von 1968 geht alles.

Gunther Heinisch

**Aufgeklärt
statt abgeklärt**

Einzelpreis 9,90 €
im Abo 5,90 € (3,00 €)
5'08

Blätter für
deutsche und
internationale
Politik

Schlafen mit offenem Auge:
60 Jahre Israel
Scott Capeland

Die Bubble-Ökonomie
Eric Janszen

Klimakriege
Harald Welzer

Die Renaissance
der Piraterie
Kerstin Petretto

Rückkehr des Staates?
Stephan Leibfried

Die Zerschlagung der
Gewerkschaften am 2. Mai 1933
Joachim Perle

Carl von Ossietzky
Martyrium eines Aufrechten
Susanna Böhme-Kubly

Die renommierte
politisch-wissenschaftliche
Monatszeitschrift

Probeheft auf www.blaetter.de

Und immer wieder lila Latzhose

1968, die zweite Frauenbewegung und die permanente Notwendigkeit, über Geschlechter zu reden

In die endlose Reihe der Klischees, die rund um „68“ auftauchen, gehört auch das Bild der Feministin in lila Latzhose, die Männer hasst und mit ihren Mitstreiterinnen über den besten Tee gegen Menstruationsbeschwerden fachsimpelt. Doch selbst in der von Diffamierungen beherrschten 68-„Aufarbeitung“ ist das Thema Feminismus unterrepräsentiert. Oder ist das Thema inzwischen so weit auf den Hund gekommen, dass selbst das unnötig erscheint?

Das Private ist politisch!

Mit Helke Sanders legendärer Brandrede und dem anschließenden Tomatenwurf auf das rein männlich besetzte Podium des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) wurde 1968 der Startschuss für die Gründung der Neuen Frauenbewegung gegeben. Im Mittelpunkt der aufkeimenden feministischen Bewegung stand die Parole „Das Private ist politisch!“.

Die private, fast ausschließlich von Frauen geleistete Reproduktionsarbeit (Kindererziehung, Haushaltsarbeit usw.) sollte anerkannt und neue Arbeitsmarktchancen für Frauen erstritten werden. Häusliche Gewalt sollte endlich öffentlich thematisiert werden. Bedeutend war auch die Einforderung des Abtreibungsrechts und die starke Bewegung gegen den §218. Generell machten Frauen sich auf, die Vormachtstellung der Männer im öffentlichen und die Abdrängung der Frau in einen unsichtbaren privaten Bereich zu brechen.

Zentral war dabei die theoretische Entwicklung einer Unterscheidung von „sex“ als biologischem Geschlecht einerseits und „gender“ als sozial konstruiertem Geschlecht andererseits. Damit wurde es möglich, zu kritisieren, dass aus dem biologischen Geschlecht quasi-natürlich „weibliche Fähigkeiten“ und gesellschaft-

liche Aufgaben der Frau abgeleitet werden.

Bald begann sich die Neue Frauenbewegung in zwei Lager aufzuspalten: In jene, die eine grundlegende Differenz zwischen Männern und Frauen sahen und die gesellschaftliche Anerkennung des Weiblichen anstrebten. Und jene, die vor allem die Gleichheit der Geschlechter ins Zentrum rückten und die starke gesellschaftliche Betonung der Verschiedenheit überwinden wollten.

Vierzig Jahre später: Feminismus auf neoliberal

Was ist geblieben? In weiten Teilen der Bevölkerung ist angekommen, dass Emanzipation und Gleichstellung der Geschlechter erstrebenswert sind. Unbestritten hat die 68er Frauenbewegung in etlichen Bereichen nachhaltige Veränderungen erkämpft. Zum Beispiel beim Schutz vor häuslicher Gewalt oder bei der Angleichung der Bildungschancen. Auch gibt es eine offensichtliche „Professionalisierung des Feminismus“: Frauenbeauftragte sind in staatlicher Verwaltung und privaten Betrieben inzwischen Standard, die EU fordert gender mainstreaming und der Einzug von Frauenforschung in die Wissenschaft wurde und wird erfolgreich erkämpft. Dennoch muss gesagt werden: Feminismus ist im hegemonialen Diskurs out.

Fatalerweise wird sich auf den bereits geführten Debatten ausgeruht. Nicht nur erfolgreiche Frauen nehmen heute eine Abwehrhaltung gegenüber Geschlechterpolitik ein und verweisen auf eine vermeintliche Gleichberechtigung, in der es über Leistung jede weit bringen kann: Feminismus auf neoliberal. Das führt einerseits zu Schuldzuweisungen an die „schwachen“ Frauen, die es nicht schaffen. Andererseits aber auch zu einer Re-Privatisierung von Themen,

die von Frauenbewegungen mühsam aus der privaten Sphäre heraus in die Öffentlichkeit geholt wurden.

Was heißt das nun für einen modernen Feminismus? Eine Frauenbewegung im herkömmlichen Sinne braucht die Geschlechterfrage heute nicht mehr. Also Feminismus ohne Frauenbewegung? Ja!

Neue Handlungsfelder

Heute gibt es neben den „professionellen Feministinnen“ neue Formen des Feminismus wie ladyfeste, GenderwissenschaftlerInnen ohne klassische politische Sozialisation, einen internationalen islamischen Feminismus, eine lebendige queer-Szene, dazugehörige Theorieentwicklungen usw. Wenn überhaupt brauchen wir also eine pluralistische Geschlechterbewegung.

Verzichtet man auf ausschließende, identitäre Mechanismen, bleibt als verbindendes Element die Möglichkeit einer qualifizierten Solidarität. Das meint weder „Frauenbünde“, noch Kritiklosigkeit, noch Verengung auf die eine richtige Lebensweise oder die eine richtige politische Strategie, sondern eine qualifizierte Verbindung im Sinne von kritischer Solidarität mit denjenigen, die sich in ihrem Kontext für freie Lebensgestaltung jenseits von Geschlechterschranken stark machen.

40 Jahre zweite Frauenbewegung: Und was bleibt? – Eine Gesellschaft, in der die Geschlechtszugehörigkeit nach wie vor zu den zentralen Chancenverteilern gehört. Aber: Die Frauenbewegung hat die nötigen Vorarbeiten geleistet. Sie hat einen Raum geschaffen, der weiter bespielt, verteidigt und ausgebaut werden muss.

Friederike Boll



1968 in der Tschechoslowakei

Der Traum vom Dritten Weg

Es wäre verkürzt, 1968 als ein Symbol für den Protest in westeuropäischen kapitalistischen Staaten zu sehen. Unter dem Schlagwort „Prager Frühling“ entwickelte sich in diesem Jahr auch jenseits des Eisernen Vorhanges eine Bewegung, die für Demokratisierung und wirtschaftliche Veränderungen eintrat – wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen.

Für Teile der kapitalismuskritischen Linken im Westen war die kommunistische Planwirtschaft eine erstrebenswerte Alternative zur Wirtschaftsordnung des Westens, zum räuberisch empfundenen, alles beherrschenden Marktprinzip. Im Frühjahr 1968 äußerten reformorientierte Kräfte der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) deutliche Kritik an eben dieser Planwirtschaft nach sowjetischem Muster, wie sie in der Tschechoslowakei bis dahin politisches Programm war. Sie entwickelten die Idee einer Wirtschaftsdemokratie in einer sozialistischen Marktwirtschaft. Dieses Projekt entfaltete bis in die kapitalismuskritische westliche Linke hinein eine enorme Ausstrahlungskraft und erlangte bald darauf auch weltpolitisch eine tragische Berühmtheit.

Prager Frühling

Am 5. Januar 1968 setzte sich der Reformler Alexander Dubcek gegen den UdSSR-treuen Antonín Novotný durch und wurde zum Parteichef der alles beherrschenden KPC berufen. Es herrschte eine schwere ökonomische Krise, politische Freiheiten waren nur wenig verwirklicht und der Einfluss der UdSSR wurde in Teilen der Bevölkerung, aber auch der Partei, als viel zu groß empfunden. Noch im gleichen Jahr stieß die KPC eine massive Demokratisierung der Parteistrukturen und der tschechoslowakischen Gesellschaft insgesamt an – der sogenannte Prager Frühling begann. Neben der Forderung nach mehr politischer Freiheit und Beteiligung war ein zentrales Vorhaben der Reformler, eine sozialistische Ökonomie zu entwickeln, die demokratischen Ansprüchen genügt.

Kritik der Planwirtschaft

Ökonomen um den Wirtschaftswissenschaftler und -politiker Ota Šik, damals stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister unter Dubcek, hatten diese Alternative anzubieten. Sie gingen davon aus, dass es möglich sei, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen – einen demokratischeren und wirtschaftlich überlebensfähigeren Sozialismus.



Die politische Motivation dieser marktsozialistischen Reformler war, die ökonomische Krise des Landes zu überwinden, die sie unter anderem auf planwirtschaftliche Steuerung zurückführten. Darüber hinaus sollten aber auch die großen Machtungleichgewichte verschwinden, die der ausufernde Apparat der Planungsbürokratie mit sich brachte.

Wirtschaftsdemokratie & Marktsozialismus

Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Prager Frühlings, die innerhalb der Reformbewegung als „Dritter Weg“ bezeichnet wurden, beinhalteten den Markt als Prinzip für die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen einzuführen, ihn aber durch eine staatliche Rahmenplanung stark zu regulieren. Dazu gehörte ebenso, durch die Einführung eines umfassenden Genossenschaftswesens die Wirtschaft weitgehend zu demokratisieren. Genauso wie die Produktionsmittel weiterhin vergesellschaftet bleiben sollten, sollte sich auch das Bankensystem in staatlicher Hand befinden. Die gesamte Ökonomie wurde als eine „mixed economy“ gedacht, in der zentrale Infrastrukturbereiche wie etwa Bildung, Transportwesen, Strom- oder Wasserwirtschaft staatlicher Planung unterliegen sollten, während große Teile der Güterwirtschaft marktförmig organisiert sein sollten.

Ota Šik und seine Mitstreiter versprachen sich von ihrem Konzept einerseits stärkere wirtschaftliche Effizienz, mehr Innovationen und eine bessere Bedürfnisbefriedigung, die öko-

nomische Krisen wie jene der 60er Jahre verhindern würden. Andererseits strebten sie nach einer Humanisierung der Ökonomie durch eine wesentlich stärkere Mitbestimmung von Arbeitenden und Konsumenten.

Einmarsch und Restauration

Für die „sozialistischen Bruderstaaten“ der Tschechoslowakei waren solche Ideen bedrohlich. Als Dubcek nicht nachgab, marschierten im August 1968 Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei ein und beendeten den Prager Frühling militärisch. In den folgenden Jahren wurden unter dem Druck der Sowjetunion die errungenen Liberalisierungen – und mit ihnen die wirtschaftsdemokratischen Reformansätze – Stück für Stück zurückgenommen.

Sackgasse oder handlungsanleitende Utopie?

Ob der Dritte Weg der tschechoslowakischen 1968er verhindert hätte, dass der Sowjetkommunismus zu seinem eigenem Totengräber geworden ist? Uns sollte vielmehr interessieren, was uns die politischen Ideen des Prager Frühlings in der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Kapitalismus zu bieten haben. Denn so verschieden die Situationen sind: Der Demokratisierung der Ökonomie und humanem Wirtschaften als normativen Zielvorstellungen sollten auch und gerade in der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus unserer Tage eine zentrale Bedeutung zukommen.

Alex Wagner

Den Mythos brechen

Die Jugend ist nicht gefährlich, sondern vor allem rechtlos.



Während der Weihnachtsfeiertage des letzten Jahres schlugen zwei Jugendliche einen Rentner in der Münchener U-Bahn zusammen. Es folgten eine große moralische Empörung in den Medien über die Brutalität der Tat und der reflexartige, hilflose Ruf nach härteren Strafen oder besserer sozialpädagogischer „Betreuung“ für jugendliche Gewalttäter.

Diese Debatte um die „gefährliche Jugend“ ist Teil eines nicht neuen autoritären Diskurses, der vor allem die Jugendlichen kontrolliert und ausgrenzt, die von sozialem Ausschluss und Rechtlosigkeit am stärksten betroffen sind. Im Rahmen des hessischen Wahlkampfes erreichte die Debatte eine besondere Schärfe, die aber ohne die schon seit Jahren gepflegte Verbindung von „Jugend“ und „Delinquenz“ gar nicht möglich gewesen wäre.

Die Tatsache, dass die Münchner Gewalttäter auf die eine oder andere Weise in die Kategorie der „Nicht-Deutschen“ passten, heizte auch die Debatte um die höheren Kriminalitätsraten von Ausländern, insbesondere jugendlichen, an. Die Bilder der gefährlichen Jugend und der gefährlichen Ausländer sind seit langem fest im Alltagsbewusstsein verankert.

Mit immer wieder verschiedenen Gefahrenszenarien finden sich viele Beispiele des „gefährlichen Jugendlichen“ in der bundesdeutschen Geschichte: Ob es die Halbstarken der Nachkriegszeit sind, die rebellierende Jugend der 60er und 70er Jahre, die Russlanddeutschen, Hooligans, Skins oder linke Chaoten, die Mehmeds oder komasaufende Jugendliche.

Das Grundschema der einzelnen Debatten bleibt das gleiche: Ein Teil der Jugend wird als gefährlich für die bestehende Ordnung stilisiert. In dieser Logik entsteht eine assoziative Kette zwischen Jugend, Grenzüberschreitung,

Gefährlichkeit und gelegentlich auch ausländischer Herkunft. Diese Assoziationen können inzwischen ohne großen argumentativen Aufwand als Erklärung von Einzelphänomenen heraufbeschworen werden. So war in der medialen Debatte um die Münchener „U-Bahn-schläger“ sofort klar, dass es sich eigentlich um ein wesentlich größeres gesellschaftliches Problem handelte.

Wahlkampf der Ordnungshüter

Dennoch waren die Reaktionen auf den Münchener Fall, besonders im hessischen Wahlkampf, außergewöhnlich scharf: Die CDU übertrug sich selbst in ihren Forderungen nach härteren, früheren und unkonventionellen Strafen, beispielsweise einem „Warnschuss-Arrest“, Erziehungslagern oder leichter Abschiebung Nicht-Deutscher. Das Problem der Jugendgewalt erscheint ihr als ein Mangel an Disziplinierung, also an autoritärer Bevormundung der Jugendlichen, die dann im Strafvollzug nachgeholt werden müsse.

Die eher sozialpädagogischen Ansätze sozialdemokratischen Zuschnitts betteten Jugendgewalt zwar in einen sozialen Kontext ein. Aber dabei geht es meist um die Erziehung, Bestrafung, Formung des individuellen Verhaltens, nicht etwa um eine Veränderung der sozialen und rechtlichen Lage der Jugendlichen. Das heißt auch: Sie individualisieren gesellschaftliche Hintergründe. Beide Positionen zielen also letztlich auf eine Kontrolle und Sanktionierung individuellen Verhaltens, ohne dabei den rechtlichen und sozialen Status der Jugendlichen selbst thematisieren oder gar verändern zu müssen. Sie betreiben Ordnungs- statt Gesellschaftspolitik.

Gleiche Rechte statt Führsorge und Ausschluss

Was unterscheidet also eine gesellschaftspolitische Perspektive auf die Debatte? Zwar gibt es keine strikte Kausalität zwischen sozialer Situation und Gewalttätigkeit oder sonstigen Verhaltensweisen. Das bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass die soziale und rechtliche Lage von Jugendlichen keinerlei Einfluss auf ihre Lebensweise hat.

Ob in der Familie, der Schule, in den Geschlechterrollen, gegenüber den Ausländerbehörden oder auf dem Arbeitsmarkt: In allen

Lebensbereichen wird Kindern und Jugendlichen (insbesondere der ärmeren Schichten) eine gleiche rechtliche, soziale und politische Teilhabe vorenthalten.

In der individuell vermittelten Auseinandersetzung mit einer autoritären und latent gewalttätigen gesellschaftlichen Situation ist neben sozialem und politischem Protest, Anpassung oder Resignation, eben auch (physische) Gewalt zwar keine kluge oder moralische, aber angesichts vielfältiger autoritärer Gängelungen auch keine gänzlich unplausible Reaktion. Entgegen der autoritären und weiter disziplinierenden Logik der Debatten über Jugendkriminalität gilt es also die relative Rechtlosigkeit von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft zu thematisieren.

Thomas Balzer & Gesa Heinbach

Die Landesversammlung der hessischen Jungdemokraten/Junge Linke vom 3.2.2008 hat einen umfangreicheren Beschluss zu dieser Frage gefasst. Er ist unter www.jungdemokratenhessen.de abrufbar.

Bespitzelungsstaat austricksen!

The Onion Router (TOR)



Eine Möglichkeit sich vor der Vorratsdatenspeicherung zu schützen ist „The Onion Router“ (TOR).

Dabei schickt der Computer die Anfrage nicht direkt zur Webseite, sondern über den Umweg zufälliger Zwischenserver. Hierdurch kennt jeder Server nur den jeweils letzten weiterleitenden Server.

Da die Anfrage durch die ganze Welt laufen kann, und die Server nicht mitprotokollieren, wird eine Rückverfolgung erschwert.

Von Nachteil sind bei TOR die niedrige Geschwindigkeit und die Notwendigkeit stets abzuschalten, wenn man unverschlüsselte Passwörter eingibt.

<https://www.torproject.org/download.html>

Feinde der Demokratie

Mit Verweis auf die angeblich zunehmend prekäre Sicherheitslage nimmt die Überwachung der in Deutschland lebenden Menschen bereits seit geraumer Zeit massiv zu.

Schon länger ist die alltägliche Kommunikation per Telefon, SMS oder E-Mail einem Generalverdacht ausgesetzt und wird in zunehmendem Maße präventiv überwacht. Selbst bislang vertrauliche Kommunikationsbeziehungen geraten ins Fadenkreuz der Ermittlungsbehörden und Geheimdienste – beispielsweise die von Journalistinnen oder Ärzten. Dies geht in der Regel mit erheblich erweiterten Kompetenzen von Polizei und Sicherheitsbehörden einher. Die Ermittlungs- und Ablassmethoden der Polizei bzw. der Geheimdienste bedürfen mittlerweile kaum noch eines begründeten Anfangsverdachts. Beispiele hierfür sind u. a. die Vorratsdatenspeicherung, die das Bundesverfassungsgericht durch eine erfreuliche Eilentscheidung im März 2008 zunächst auf den Bereich der Verfolgung schwerer Straftaten beschränkt hat, die Diskussionen um den sogenannten „Bundestrojaner“ oder die Vernetzung geheimdienstlicher und polizeilicher Ermittlungsmethoden im Zuge der anstehenden Novellierung des BKA-Gesetzes.

„Überwachungsterror“

Nicht zufällig beobachtet bspw. „Privacy International“ eine kontinuierliche Verschlechterung des Datenschutzes – weltweit, aber auch in der Bundesrepublik. Und auch wenn der Widerstand gegen die bedenkenlose Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte, deren schlimmste Auswüchse bisher leider erst durch das Bundesverfassungsgericht gestoppt werden konnten, in jüngster Zeit zunimmt: Der Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik ist längst vollzogen. Denn die innenpolitischen Entwicklungen der vergangenen Monate legen nahe, von einer elementaren Gefährdung der Demokratie in ihrem Kern zu sprechen. Die von der Großen Koalition vorangetriebene Sicherheitspolitik geht Hand in Hand mit dem schleichenden Abbau des demokratischen Rechtsstaats.



„Die Unschuldsvermutung heißt im Kern, dass wir lieber zehn Schuldige nicht bestrafen als einen Unschuldigen zu bestrafen. Der Grundsatz kann nicht für die Gefahrenabwehr gelten“, sagte Wolfgang Schäuble (CDU) dem Magazin „Stern“ bereits im April 2007. Eigentlich werden Maßnahmen im Bereich der Gefahrenabwehr durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip eingeschränkt, dem Schäuble kaum noch Bedeutung schenkt. In der Konsequenz strebt er damit die innere Aushöhlung fundamentaler rechtsstaatlicher Prinzipien an. Dem Bundesinnenminister scheint beim Kampf gegen Terror und Kriminalität jedes noch so fragwürdige Mittel recht, um Terror und Kriminalität einzudämmen – dazu gehört auch mit Mitteln der Rechtsbeugung jeden Staatsbürger auszuhorchen und zu durchleuchten. Mit den Reformen der Innen- und Sicherheitspolitik verschiebt sich das Verhältnis zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre. Mit diesem sensibel austarierten Verhältnis gerät aber zugleich eine der Grundfesten moderner Demokratie ins Wanken.

Der Datenhunger der polizeilichen und geheimdienstlichen Behörden und die damit angesprochene Frage nach dem Schutz der Privatsphäre und der informationellen Selbstbestimmung kann als Ausgangspunkt dienen, um sich mit den aktuellen Verschiebungen in dem Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit – bei gleichzeitiger dramatischer Beschneidung der Grundrechte – auseinanderzusetzen. Abgesehen davon, dass es keine Sicherheit vor den potentiellen Gefahren des Terrorismus geben kann: Welchen Preis ist eine demokratisch verfasste Gesellschaft bereit zu zahlen für das fragwürdige Versprechen von mehr Sicherheit?

Safer-privacy.de

Daher gilt es, auf die voranschreitende Zersetzung der Privatsphäre aufmerksam zu machen und über die Folgen der aktuellen Politik aufzuklären. Denn die Aufgabe des Rechts auf Privatsphäre hat zwangsläufig auch Auswirkungen auf die freie Meinungsäußerung und das politische Engagement der Mitglieder einer Gesellschaft. Die gegenwärtige Politik beschneidet nicht nur das Recht auf freie Meinungsäußerung: sie wirkt zersetzend auf die demokratische Mitwirkung selbst.

Geraldine Hohn

Mehr zur Kampagne „safer-privacy“ auf www.safer-privacy.de

VERANSTALTUNG ZU ÜBERWACHUNGSTERROR, SICHERHEITSAHNSINN UND DER SEHNSUCHT NACH DEM AUTORITÄREN STAAT.

Referenten
 Constanze Kurz, Chaos Computer Club
 Jan Schallaböck, Datenschutzzentrum Schleswig-Holstein
 Moderation: Barbara Schöning, JD/JL

Donnerstag, 29. Mai 2008, 19 Uhr
 newthinking store, Tucholskystrasse 48, Berlin

Jugendkulturschulung e.V. (JUS) eine Veranstaltung im Rahmen von **SAFER-PRIVACY.DE**

Das Google-Imperium

Private Daten werden zum weltweiten Milliardengeschäft

Immer mehr Internetnutzer geben – zumeist freiwillig – ihre privaten Daten preis, die wichtigste Ressource einer sich neu orientierenden Werbeindustrie. Insbesondere auch die Angebote von Suchmaschinen erwecken den Eindruck, sie stünden den Nutzern ohne Gegenleistung zur Verfügung. Dabei vollzieht sich mit jeder Suchanfrage ein Tauschhandel: Der Nutzer erteilt, will er eine Antwort auf seine Anfrage erhalten, Auskunft über seine eigene Person. Diese Informationen wecken Begehrlichkeiten – auch des Datenmultis Google, dessen Börsenwert gegenwärtig über 200 Milliarden US-Dollar beträgt. Persönliche Informationen der Nutzer sind sprichwörtlich Gold wert, will Google seine marktbeherrschende Position im Such- und Anzeigengeschäft ausbauen.

Denn anders als herkömmliche Reklame lässt sich Onlinewerbung individuell auf den Nutzer zuschneiden und steuern. Nur wer sich für Lippenstifte interessieren könnte, soll auch entsprechende Anzeigen neben seinen Suchergebnissen präsentiert bekommen. Damit das jedoch funktioniert, brauchen die Werbenden möglichst genaue Informationen über die Besucher einer Website. Je lückenloser die Datengrundlage, desto lukrativer für Google. Die wertvollen Informationen erhält das Unternehmen auf unterschiedlichen Wegen: Über die Auswertung der täglich mehr als eine Milliarde Anfragen an die Google-Suchmaschine aber auch mit der Sammlung von Informationen über Internetnutzern auf externen Seiten. Insbesondere aber Programme, die auf dem Heimrechner installiert werden können, spionieren das Nutzerverhalten aus. Das kostenlose „Google Desktop“ erfasst beispielsweise offline den gesamten Inhalt eines Computers. Es durchsucht die Festplatten, speichert besuchte Websites, die komplette E-Mail-Kommunikation und alle Dateien. Bezeichnenderweise verfolgt die von Wolfgang Schäuble geforderte Einführung des „Bundestrojaners“ ein ganz ähnliches Ziel.

In vielen Staaten kooperieren die Suchanbieter längst mit den Strafverfolgungsbehörden. Aufgrund der Überwachungs- und Sicherheitsgesetze des „Patriot Act“ können etwa Behörden in den Vereinigten Staaten private und kommerziell betriebene Datenbanken für ihre Ermittlungszwecke nutzen – ohne dass dafür ein Durchsuchungsbefehl vorliegen muss. Eine Rechenschaftspflicht gegenüber den betroffenen Bürgern besteht ebenfalls nicht. Vermutlich ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Ermittlungsbehörden auch hierzulande im Zuge „präventiver Gefahrenabwehr“ Einblick in Googles „Datenbank der Absichten“ verlangen.

Da vieles dafür spricht, dass der Konzern heute mehr über die Bürger weiß als irgendeine Institution zuvor in der Menschheitsgeschichte und der Widerstand gegen Googles Geschäftspraktiken bisher gering ausfällt, stellt sich die drängende Frage, wie die Zukunftspläne des Konzerns aussehen.

Seit Microsoft im Oktober 2007 den Start seines Dienstes „HealthVault“ verkündete und

erste US-amerikanische Krankenhäuser diesen Service bereits einsetzen, hat auch Google ein gesteigertes Interesse an den persönlichen Krankendaten seiner Kunden. Nach ersten Presseangaben hat es bereits einen Prototypen für seine Onlineplattform entwickelt, der persönliche Daten zur medizinischen Versorgung des Patienten bereithält. Die Daten könnten als mobile Krankenakte den behandelnden Ärzten zur Verfügung gestellt werden.

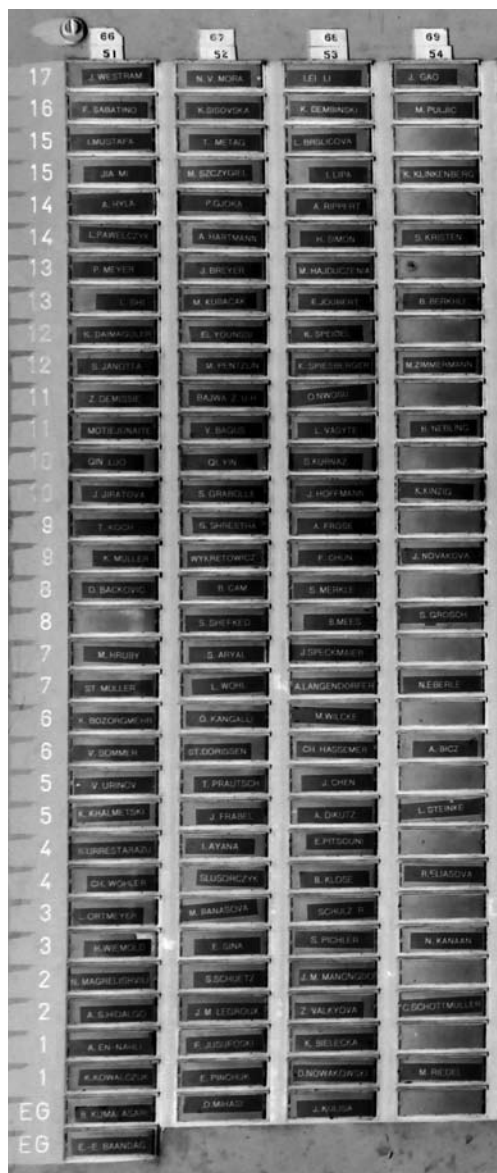
Darüber hinaus kündigte Google jüngst an, sich verstärkt in sozialen Netzwerken engagieren zu wollen. StudiVZ, LinkedIn, MySpace, Xing und viele andere laden den Nutzer ein, seine persönlichen Daten, Vorlieben und Interessen in ein Profil einzugeben, um mit Gleichgesinnten in Kontakt zu treten. Nicht erst seit Microsoft mit seiner Beteiligung an der „Social Networking Site“ Facebook deren Marktwert auf sagenhafte 15 Milliarden US-Dollar hochschnellen ließ, ist der wirtschaftliche Wert der sozialen Communities erkannt worden.

Die Google-Kooperation „OpenSocial“ soll fortan den Datenaustausch zwischen den bisher getrennten Communities problemlos ermöglichen. Sollte dieses Vorhaben erfolgreich sein – und alles spricht dafür –, entsteht ein Pool von bereits heute mehr als 200 Millionen Nutzern, respektive 200 Millionen Datensätzen privater Profilinformationen, alles unter dem Dach von Google.

Bereits 2006 hat Google ein Patent angemeldet, das die Bezahlung von Waren per Mobiltelefon betrifft. Damit hat der Konzern bald alle Daten zusammen: Name, Alter, Vorlieben, Aufenthaltsorte, Einkommensverhältnisse, Berufstätigkeit, Familienstand, das Alter der Kinder, das Lieblingsessen, aber auch sexuelle Vorlieben, Schuldenstand, Krankheiten, religiöse Zugehörigkeit usw. usf. Der gläserne Mensch, bisher bloß Vision des allmächtigen Überwachungsstaats, wäre damit ganz privat und ohne großes Aufsehen Wirklichkeit geworden.

Daniel Leisegang

Wir danken den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ für die freundliche Abdruckgenehmigung dieser gekürzten Fassung. Der vollständige Text ist in der Ausgabe 2/2008 der Blätter erschienen. Weitere Informationen unter: www.blaetter.de



Gläserne Studierende

Neue Softwaresysteme optimieren die Überwachung des Hochschulbetriebs und gefährden das Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Durch die Einführung neuer Softwaresysteme für die Studien- und Prüfungsverwaltung wollen die Hochschulen den Studienbetrieb effizienter abwickeln. Während derzeit die zentral von der Hochschule und dezentral in Fachbereichen und Instituten erfassten Datenbestände meist nur zum Teil oder überhaupt nicht vernetzt sind, sollen zukünftig alle Einrichtungen sekundenschnell auf einen zentralen Datentopf zugreifen können.

Pannen bei der Anwendung

An vielen Hochschulen, an denen bereits ein neues Softwaresystem eingeführt wurde, sind Probleme aufgetreten:

An der Universität Koblenz/Landau wurde das System nur für die neuen Bachelor-Studierenden eingeführt, wodurch alle Plätze eines Seminars bloß an diese vergeben wurden. Die anderen kamen nicht zum Zuge. Schwierigkeiten ergeben sich auch bei der Abschaffung von Papierscheinen zugunsten einer rein elektronischen Erfassung von Studienleistungen.

An der Universität Passau werden Noten nur noch online vergeben. Bei Fehlern haben die Studierenden das Nachsehen und tragen die Beweislast, um das Verschwinden von Leistungsnachweisen oder falsch im System erfasste Noten zu korrigieren.

Neben solchen Pannen, die wohl eher durch die Anwendung der neuen Software als durch diese selbst verursacht werden, liegen die Probleme vor allem im Potential des Systems und den Veränderungen im Verhältnis von Studierenden und Uni zueinander. Mit den neuen Softwaresystemen wird die Datenverwaltung zentralisiert. Dadurch treten Studis nicht mehr den Weg an, alles einzusammeln, was sie an einer bestimmten Stelle vorlegen müssen, um sich beispielsweise zu einer Prüfung anzumelden. Diese Arbeit wird ihnen nun abgenommen. Dies mag zwar als Vereinfachung erscheinen, aber eine dezentrale Datenverwaltung ist auch Teil des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. So ist es bei-

spielsweise für DozentInnen unerheblich, mein Geburtsdatum zu kennen und für das Studierendensekretariat, ob ich am liebsten Veranstaltungen bei Frau Dr. X besuche.

Ob die einzelnen Informationen harmlos oder besonders sensibel sind, ist erst mal unerheblich: Beim Recht auf informationelle Selbstbestimmung geht es darum, wissen zu können, wer welche Daten sammelt und wie diese ausgewertet werden. Ein weiterer Grundsatz ist, dass die Erfassung, Speicherung und der Zugriff auf ein äußerstes Minimum begrenzt werden.

Durch die Bündelung unterschiedlicher Daten lassen sich umfassende Profile erstellen, die allerlei zutreffende oder unzutreffende Schlüsse ermöglichen. So wäre es beispielsweise möglich, dass die DozentInnen in den gesamten Studienverlauf und alle bisherigen Noten Einblick nehmen. Das kann ihnen sehr aufschlussreich vorkommen – für eine unvoreingenommene Behandlung ist das jedoch nicht gerade die beste Voraussetzung.

Überwachung mit System

Durch die zentrale Auswertung vieler Datensätze haben Hochschulen die Möglichkeit, das Studierverhalten zu überwachen und Strategien zu entwickeln, dieses zu beeinflussen. Neben möglichen „Anreizen“ für ein wünschenswertes Studierverhalten besteht die Möglichkeit, mit Gängelungs- und Zwangsmaßnahmen zu intervenieren: Abweichungen vom Normstudienverlauf



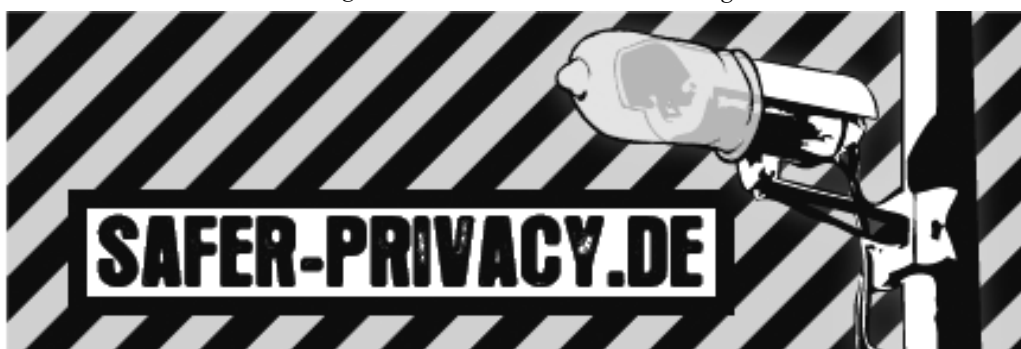
Neue Softwaresysteme sollen Studierende durchschaubarer machen.
Bild: Sonja Erkens

können zunächst mit Zwangsberatungen sanktioniert werden, bei Zeitüberschreitungen kann eine Zwangsexmatrikulation erfolgen. Bei der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge werden diese Instrumente zunehmend in Studien- und Prüfungsordnungen vorgesehen, wenn es zu Verzögerungen bei den studienbegleitenden Prüfungsleistungen kommt.

Die Möglichkeiten der neuen Softwaresysteme sind auch zur Durchsetzung und optimierten Abwicklung des Bezahl-Studiums geeignet. Werden Studiengebühren nicht pauschal pro Semester, sondern pro besuchter Veranstaltung erhoben, dann eignet sich die neue Verwaltungsoftware als Abrechnungssystem. Gleiches gilt, wenn (beispielsweise in Rheinland-Pfalz) Abbuchungen von einem Studienkonto davon abhängen, in welchem Umfang „Bildungsdienstleistungen“ in Anspruch genommen werden.

Auf dem Weg zur vollautomatisierten Universität können weitere „Vereinfachungen“ folgen. Mit Chipkartenausweisen und einem Kartenlesegerät vor jedem Veranstaltungsraum würden Anwesenheitslisten überflüssig. Auch könnte wie an der Universität Wien ein „Veranstaltungs-Ebay“ eingeführt werden. Dabei erhalten alle Studierenden vor Anmeldungsbeginn ein Punktekonto, das sie auf Seminare setzen können. Nun gilt es zu überlegen, wie wichtig die Teilnahme jeweils ist, denn je höher der Einsatz, desto größer sind die Chancen, einen Platz zu erhalten.

Urs Prochnow



Gibt es eine Renaissance des Religiösen?!

Die „Renaissance des Religiösen“ wandert durch Feuilletons und es scheint weitgehende Einigkeit über die Existenz dieses Phänomens der neuen Religiosität zu geben. Aber gibt es diese Rückbesinnung wirklich oder stehen wir nur einer medialen Inszenierung gegenüber? Gibt es den Trend zum Glauben oder wird er vielleicht nur stetig herbeigeschrieben und herbeigewünscht?

Tatsächlich ist Religion ständiges Thema in der deutschen Öffentlichkeit. Eine Facette ist die an Huntington angelehnte Behauptung, dass Religionen maßgeblich für die Bildung von Kulturen verantwortlich seien, und die Angst vor Islamismus, Fundamentalisierung und den terroristischen Bedrohungen. Eine andere ist die Debatte um den Stellenwert von Werten, von Religion in unserer Gesellschaft und darum, welche Teile der Religion geschützt werden sollten. Der Abgrenzung des „christlichen Europas“ gegen den Islam und EinwandererInnen steht die „innere“ Debatte über Religiosität gegenüber.

Mediale und rechtliche Höhepunkte gibt es dabei viele: Das „Kruzifixurteil“ 1995, das „Kopftuchurteil“ 2003, die Wahl des deutschen Papstes, die die Diskussion um den EU Beitritt der Türkei und den Streit, ob ein muslimisches Land überhaupt beitreten dürfe ab 2005. Die dänischen Mohammed Karikaturen, die Debatte um den Religionsbezug in der europäischen Verfassung, die erste Islamkonferenz und das Bündnis für Erziehung“ 2006. Im letzten Jahr schließlich wollte die hessische Kultusministerin Wolff die christliche Schöpfungslehre im Biologieunterricht einführen, die Bayern wollten §166 StGB zur „Gotteslästerung“ verschärft wissen.

Neben diesen an Ereignissen orientierten Debatten gibt es auch Dauerbrenner wie die Integration von Menschen islamischen Glaubens und schließlich die „gefühlte Dichte“ von Religion um uns herum: Da wird auf den Spitzenplätzen des Buchmarktes auf dem Jakobsweg gewandert und das Kloster verlassen, Dalai Lama und Papst wechseln sich als Ratgeber ab und „Ratzes“ Auto erzielt Höchstpreise bei seiner Versteigerung im Internet.

Alles Hinweise auf zunehmende Religiosität in der Gesellschaft – oder? Auch der Bertelsmann „Religionsmonitor“ fand Ende 2007 heraus, dass angeblich jeder fünfte Deutsche „hochreligiös“ sei und die Religiosität in Deutschland keineswegs abnehme. Da diese Erkenntnis jedoch allzu abstrus war, fanden sich sogleich zahl-

reiche öffentliche Kommentierungen, die das Zustandekommen der Daten hinterfragten und der Lächerlichkeit preisgaben. Der Humanistische Pressedienst stellte fest, dass es bei der „terminologischen Trickkiste“ der Studie nicht verwunderlich sei, dass so viele Deutsche religiös seien, sondern vielmehr, dass es „nur“ 70% seien – denn schon wer gelegentlich über Religion oder Esoterik nachdenkt, war dank des schiefen Fragenrasters flugs zur religiösen Person geworden. Die Zahl der KirchnAustritte sinkt und die der -eintritte steigt. Doch eine wirkliche Trendwende hin zur Religion ist allein damit nicht in Sicht: Im Superpapstjahr 2005 verzeichnete die katholische Kirche zwar jenseits von Taufen einen nie zuvor erreichten Rekord von Eintritten und Wiederaufnahmen: zusammen 16.000. Doch dem stehen 90.000 Austritte gegenüber.

Wenn die anfangs genannte Masse an Reli-Diskussionen nicht Anzeichen eines Revivals des Glaubens ist, muss man sie wohl vor allem als Indikator für die Uneinigkeit der Gesellschaft über den Stellenwert von Glaubensfragen lesen.

Die Bundesregierung ist keineswegs neutral und bastelt maßgeblich an der Festigung von Religion in der Gesellschaft mit: Familien-

ministerin Ursula von der Leyen steht für stetige und konsequente Förderung christlicher Einflüsse. Sie stärkte die Kirchen mit dem „Bündnis für Erziehung“, zu dem sie neben den „beiden Großen“ auch „andere religiöse Gruppen“ herzlich einlud. Ihr Ministerium war es, das den inzwischen abgelehnten Indizierungsantrag gegen das atheistische „Ferkelbuch“ stellte (siehe dazu untenstehende Rezension) und es fiel jüngst durch die Förderung einer fundamentalchristlichen Veranstaltung namens „Christival“ auf.

Innenminister Wolfgang Schäuble wirkte durch die Erfindung der „Islamkonferenz“ mit: Die dritte Zusammenkunft im März diesen Jahres beschloss, dass islamischer Religionsunterricht an den Schulen eingeführt werden solle. Dies mag nicht nach einer Stärkung der christlichen Religion klingen, ist es jedoch insofern, als mit zusätzlichen Religionsunterweisungen auch der christliche, staatlich finanzierte Glaubensunterricht zu einem Zeitpunkt gesichert wird, an dem Länder wie Berlin ihn gerade abgeschafft hatten. Schicksalhaft hinnehmen muss man diese Weichenstellungen nicht – es gilt mehr denn je, sich für die Trennung von Kirche und Staat stark zu machen!

Astrid Papendick

„Wo bitte geht's zu Gott?“, fragte das kleine Ferkel ...

... lautet der Titel eines Kinderbuches, in dessen Mittelpunkt ein Ferkel und ein Igel stehen. Das Buch erschien 2007 und sorgte für erheblichen Wirbel. Das Familienministerium stellte einen Antrag auf Indizierung bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BpJM) und die Diözese Rottenburg-Stuttgart gar einen Strafantrag wegen Volksverhetzung. Warum nur? Das Buch bietet eine kindgerechte Kritik an den drei großen

Weltreligionen. Zum Beginn der Geschichte entdecken das Ferkel und der Igel ein Plakat: „Wer Gott nicht kennt, dem fehlt etwas!“ Sie machen sich auf die Suche nach Gott. In der Synagoge, der Kirche und der Moschee, in denen Gott jeweils wohnen soll, schlägt ihnen Wut und Intoleranz entgegen, als die beiden Tiere die Sintflutgeschichte nicht glauben wollen, die Vorstellung den Leib Jesu zu essen widerlich finden und fünfmal täglich waschen

und gen Mekka beten für übertrieben halten. Das letzte Bild des Buches zeigt eine Horde nackter Menschen – auch Rabbi, Priester und Mufti sind zu sehen – nur sind sie ohne ihre Gewänder so gleich und (un)bedeutend wie alle anderen Menschen auch. Die BpJM erkannte im Gegensatz zum Familienministerium keine antisemitischen Tendenzen und wies den Antrag auf Indizierung ab. Dass Religionskritik geübt werde, sei im übrigen kein Tatbestand der

Jugendgefährdung, so die BpJM. In einer Zeit, in der ein wertekonservatives roll-back zu beobachten ist, ist ein religionskritisch-humanistisches Buch wie dieses bitter notwendig. Der Grundaussage „Alle Menschen sind gleich, ob gläubig oder ungläubig“ ist nichts hinzuzufügen. Auch wenn das Religionsvertreter und manche Ministerien nicht wahr haben wollen.

Fabian Brettel

„Autonome“ NationalistInnen

Manche sagen lechts und rinks kann man nicht velwechsern - Werch ein Illtum



„Autonome Nationalisten“ wirken erst mal wie Linksautonome: Kapuzenpullis, Sonnenbrillen, schwarze Caps und Klamotten. Das Bild zeigt einen Aufmarsch in Nordhausen. Bild: Wikimedia

Ab und an sieht man in den Innenstädten an Laternen Aufkleber mit graffitimäßigen Aufforderungen das System zu smashen und Revolution zu machen. Komischerweise steht auf dem Symbol mit der roten und der schwarzen Fahne nicht „Antifaschistische Aktion“, sondern „Nationale Sozialisten – Bundesweite Aktion“.

Die Ursache für solche Aufkleber sind die sogenannten „Autonomen Nationalisten“ (AN), eine Gruppierung von stilbewussten Nazis, die den klassischen Nazimoden nichts abgewinnen können und stattdessen linke Trends kopieren: So bilden sie auf Aufmärschen Schwarze Blöcke, tragen Baseballkappen, Kapuzenpullis, Sonnenbrillen, Buttons und Palitäucher und scheißen nach eigenen Angaben auf Bullen und Kapitalismus. Beziehungsweise eher das, was sich ein Nazi so unter Kapitalismus vorstellt: „BRD Judenstaat – Wir haben dich zum Kotzen satt.“ schallte es am 7.7.07 in Frankfurt aus einem Nazi-Black-Block.

Da aus dem gleichen Block auch ein deftiges „Scheiß-NPD“ schallte, gab es kurz darauf etwas Bruderkrieg im Nazilager: Während die



ANs die NPD als „Polizei-Vasallen“ bezeichneten, die eine „pseudo-bürgerliche Schmutzeschiene“ führen, machte sich die NPD Sorgen um die Außenwirkung: „Auf außenstehende Betrachter beängstigende[s] und damit abstoßende[s] Äußere[s] ist nach unserer Auffassung kein Ausdruck revolutionären Handelns“ erklärte der NPD-Vorstand in einer Stellungnahme mit dem Titel „Unsere Fahnen sind schwarz, unsere Blöcke nicht“. Ob das Verüben von Gewalttaten für die NPD ein Ausdruck revolutionären Handelns ist, blieb offen.

Gewalttätiges Vorgehen

Dabei gibt es gute Gründe über das gewalttätige Vorgehen von ANs zu sprechen: So überfielen sie vor den Augen der völlig überraschten Polizei ein Antifa-Konzert im rheinischen Stolberg, schlugen mit Knüppeln auf jugendliche KonzertbesucherInnen ein und verschwanden unerkannt. „Bei ihnen herrscht eine hohe Bereitschaft zur situativen Gewaltanwendung und zu offensiven Aktionen gegen Polizei und politische Gegner“, konstatierte das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Aufgrund ihres linkenähnlichen Aussehens trauen sich ANs auch mitten in Antifa-Demos um dort zu spionieren. Teilweise wird die Tatsache, dass sie nicht als Nazis erkennbar sind, aber auch genutzt um Jugendliche anzusprechen, die bis dato aus kulturellen Gründen nicht für die Naziszene ansprechbar waren. Das Ziel ist, wie die ANs Wuppertal/Mettmann schrieben, „alle relevanten Teile der Jugend und

der Gesellschaft zu unterwandern und für unsere Zwecke zu instrumentalisieren.“

Inwieweit sie damit erfolgreich sind ist schwer zu sagen. Die meisten Aktiven sind maximal 25 Jahre alt und auch die Szene existiert noch nicht lange. Zwar hatten bereits in den 1990er Jahren die wichtigen Nazikader Christian Worch und Thomas „Steiner“ Wulff als Reaktion auf Verbote nazistischer Organisationen das Konzept der „Freien Kameradschaften“ entwickelt, doch blieben diese dem klassischen Neonazistil verbunden. Erst im Jahre 2003 bildete sich bei der Berliner „Kameradschaft Tor“ der Stil der ANs.

Spannend ist natürlich die Frage, wofür denn nun system-smashende Nazis mit Che Guevara-Buttons stehen. Hier geht bei allen Experten das große Schulterzucken los. Inhaltliche Papiere sind weder Szenekennern, noch dem Verfassungsschutz bekannt und die allgemeinen Dokumente sind ein wüstes Gemisch aus nationalsozialistischen und nationalrevolutionären Versatzstücken, garniert mit einer „Kapitalismuskritik“, bei der, statt der Frage, warum sich Menschen gegenseitig ausbeuten, Floskeln wie „Der Kapitalismus legt das gesamte Deutsche Volk – oder was noch von diesem übrig ist – in Ketten und ist Hauptverantwortlicher für die heutige Konsumgesellschaft.“ (AG Rheinland) herauskommen.

Als Fazit lässt sich feststellen, dass die Autonomen Nationalisten sich inhaltlich nicht wirklich von anderen Nazis unterscheiden, allerdings durch ihre deutlich systematischere Gewaltanwendung ein neues Level darstellen. Ob der Autonomenlook innerhalb der Naziszene zum dominanten Stil aufsteigen wird, oder gar dauerhaft sein linkes Image verliert, wird sich zeigen. Auf jeden Fall gilt es aufmerksam zu bleiben.

Sarah Henn



Folgenreicher Widerruf

Flüchtlingsschutz mit Verfallsdatum? Bei Aberkennung der Anerkennung droht Flüchtlingen die Abschiebung – beispielsweise in den Kosovo oder den Irak...

Die Politik der Flüchtlingsabwehr hat viele Facetten. Seit einiger Zeit ist ein neues Instrument hinzugekommen: der massenhafte Widerruf des Flüchtlingsstatus.

Die Anerkennung wird Flüchtlingen im großen Stile entzogen, weil die Verfolgungsgefahr angeblich weggefallen sei. So zum Beispiel im Irak – in dem seit dem Sturz des Saddam-Hussein-Regimes keine Verfolgungsgefahr mehr drohe. Mit diesem Argument hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) knapp 20.000 Irakern und Irakerinnen die Asylanerkennung entzogen. Ein gigantisches Arbeitsbeschaffungsprogramm einer Behörde, die in Zeiten sinkender Asylbewerberzahlen neue Aufgabengebiete sucht.

Die deutsche Widerrufspraxis löste bei den europäischen Nachbarländern angesichts der Massenfluchten aus dem Irak zunehmende Irritationen aus. Erst als die Nachrichten über die Situation im Irak im Frühjahr 2007 immer verheerender wurden, hat das Bundesamt schließlich im Mai die Widerrufsverfahren gegenüber religiösen Minderheiten aus dem Irak ausgesetzt. Gegenüber anderen Gruppen aus dem Irak, z.B. Personen aus dem Nordirak, gehen die Widerrufsverfahren jedoch weiter.

Bei Widerruf: Abschiebung

Die Auswirkungen der Massenwiderrufsverfahren sind dramatisch: Den Flüchtlingen droht infolge eines Asyl-Widerrufs auch der Verlust ihres Aufenthaltsrechts. Zwar folgt dem Widerruf des Asyls nicht automatisch der Entzug des Aufenthaltsrechts, da dies getrennte Verfahren sind. In der Regel entziehen die Ausländerbehörden aber auch den Aufenthaltstitel, wenn die Betroffenen keinen Flüchtlingsstatus mehr haben. Ist der Aufenthaltstitel weg, können die Betroffenen theoretisch jeder Zeit abgeschoben werden. Kein Wunder, dass die irakischen Flüchtlinge durch die Massenwiderrufe in Angst und Schrecken versetzt wurden.

Betroffen: Flüchtlinge aus dem Kosovo und dem Irak

Der Irak ist derzeit eines der unsichersten Länder weltweit. Wegen mangelnder Flugverbindungen wird es wohl auch noch einige Zeit dauern, bis Abschiebungen in den Irak in größerer Anzahl stattfinden werden. Es ist aber

nur eine Frage der Zeit, bis Abschiebungen möglich sein werden. Die Landesinnenminister drängen schon seit längerem immer wieder darauf, dass möglichst bald mit den Abschie-

bungen in den Irak begonnen wird. Flüchtlingen aus dem Kosovo, denen neben den Irakern und Irakerinnen ebenfalls massenhaft ihr Flüchtlingsstatus entzogen wird, werden bereits



„Flucht und Migration“ - Neue Migrationsbroschüre:

JungdemokratInnen/Junge Linke und die Linke SchülerInnenaktion haben jüngst eine neue Broschüre zur Flüchtlings- und Migrationspolitik vorgelegt. Auf 40 Seiten behandeln fachkundige AutorInnen ein breites Themenspektrum aus dem Bereich der Migrationspolitik: Wie läuft ein Asylverfahren ab? Was bedeutet die Harmonisierung der EU-Flüchtlingspolitik? Wie wirkt sich die Abschottung der EU-Außengrenzen aus? Zu diesen grundlegenden Fragen finden sich in der neuen Broschüre einführende Texte.

In weiteren Beiträgen werden speziellere Fragestellungen vertieft und Bezüge zu anderen Politikfeldern aufgezeigt: „Antiterrorkampf“ und staatliche Überwachungspolitik, Aspekte der Migration (Geschichte der Arbeitsmigration, Kritik am Konzept der zirkulären Migration), Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen und Schule, ein Kommentar zur Bleiberechtsregelung und eine Darstellung der Lebensumstände von Menschen in Abschiebelagern, sowie illegalisierte lebender Menschen.

Die Broschüre kann gegen Versandkosten von 2 Euro im Büro des Bundesverbandes bestellt werden.

heute abgeschoben. Die Widerrufsverfahren sind also nicht bloß eine formale Statusabstufung. Sie haben neben dem Verlust von sozialen Rechten auch das Ziel, ehemals anerkannte Flüchtlinge außer Landes zu schaffen.

Besonders bitter ist es für die Betroffenen, wenn das Widerrufsverfahren anlässlich ihres Einbürgerungsantrags oder ihres Begehrens auf Familienzusammenführung eingeleitet wird. Dem Einbürgerungsantrag von Flüchtlingen folgt mittlerweile fast automatisch das Widerrufsverfahren.

Wenn die Flüchtlinge mit ihrem Einbürgerungsinteresse von sich aus zeigen, dass sie sich voll und ganz in dieser Gesellschaft integriert fühlen, wird dieses positive Signal mit dem Widerruf bestraft. Diese Praxis wurde durch das Zuwanderungsgesetz bestärkt, indem festgelegt wurde, dass das Widerrufsverfahren in bestimmten Fällen der Einbürgerung vorgeht. Flüchtlinge sehen deswegen immer häufiger davon ab, einen Einbürgerungsantrag zu stellen.

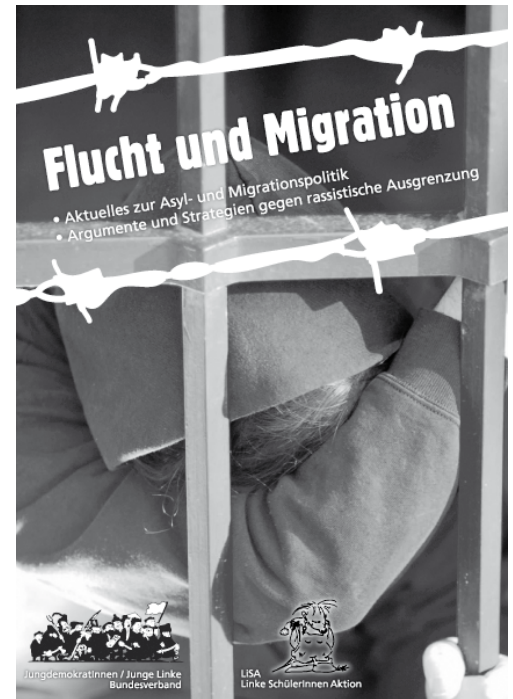
Völkerrechtliche Vorgaben

Gegen die deutsche Widerrufspraxis bestehen massive völkerrechtliche Bedenken. Nach der Artikel 1 C (5) der Genfer Flüchtlingskonvention ist der Widerruf des Flüchtlingsstatus nur unter sehr strengen Voraussetzungen zulässig. Die Verhältnisse im Herkunftsland müssen sich fundamental verändert und

dauerhaft konsolidiert haben. Hinzu kommen muss, dass die Betroffenen tatsächlich einen wirksamen Schutz ihres Herkunftslandes in Anspruch nehmen können. Erforderlich ist das Vorhandensein einer funktionierenden Regierung und grundlegender Verwaltungsstrukturen sowie eine angemessene Infrastruktur, innerhalb derer die Einwohner ihre Rechte ausüben können und eine Existenzgrundlage haben. Hierbei ist die allgemeine Menschenrechtssituation ein wichtiges Indiz.

Für den Irak kann man feststellen, dass sich die Menschenrechts- und Sicherheitslage bislang nicht verbessert hat. Es bestehen keine funktionierenden staatlichen Strukturen, die irakischen Bürgern wirksamen Schutz ihres Lebens, die Einhaltung ihrer Rechte und Existenzsicherung bieten können. Deswegen hält der hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen die deutsche Widerrufspraxis für völkerrechtswidrig.

Das Bundesamt weitet die
Widerrufsverfahren
auf immer mehr
Flücht-



Dieser Artikel ist ein Auszug aus der neuen Broschüre "Flucht und Migration" des JD/JL-Bundesverbands. Mehr Infos: www.jdjl.org

lingsgruppen aus. Schon einige Jahre sind die Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo in großem Umfang betroffen. In 16.000 Fällen hat das Bundesamt den Flüchtlingsstatus von Albanern und Albanerinnen aus dem Kosovo widerrufen, obwohl die Zukunft des Kosovo nach wie vor ungeklärt ist. Und auch bei kurdischen Flüchtlingen steigen die Zahlen der Widerrufe. Im Jahr 2006 wurde der Schutzstatus von 1739 Flüchtlingen aus der Türkei und 600 Flüchtlingen aus Afghanistan widerrufen – zahllose weitere Fälle werden derzeit noch geprüft.

Europaweit einmalige Praxis

Die Massenwiderrufe sind europaweit einmalig. Kein anderer Staat in Europa kennt eine derartige Widerrufspraxis. Es ist an der Zeit, dass eine ernsthafte öffentliche Diskussion über die Widerrufspraxis des Bundesamtes geführt wird.

Es kann nicht länger hingenommen werden, dass hier lebende Flüchtlinge – entgegen der Genfer Flüchtlingskonvention – massenhaft ihrer Rechte beraubt werden. Die Widerrufspraxis des Bundesamtes ist kurzsichtig, inhuman und völkerrechtswidrig.

Marei Pelzer



Arbeit in Europa – Europa in Arbeit



Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat innerhalb der letzten Monate eine Reihe von Urteilen gefällt, die massive Auswirkungen auf die Tarifpolitik und die Reichweite gewerkschaftlicher Gegenmacht in Europa haben werden. Zum Guten hat sich nichts gewendet.

Arbeit in Europa

Im Dezember 2007 hat der EuGH sich in zwei Entscheidungen mit dem gewerkschaftlichen Arbeitskampfrecht befasst: In der Rechtssache Viking wollte eine Reederei ein Schiff nach Estland ausflaggen und für die gleiche Arbeit nicht mehr finnische, sondern nur noch estnische Löhne zahlen. In der Sache Laval ging es um ein lettisches Bauunternehmen (Laval), das sich um öffentliche Bauaufträge in Schweden bewarb und dessen Geschäftsmodell darauf basierte, mit Dumpinglöhnen das schwedische Tarifniveau zu unterbieten. In beiden Fällen setzten sich die nationalen Gewerkschaften zur Wehr. Die Schweden verlangten, dass Laval seinen lettischen Arbeitern den schwedischen Tariflohn zahlen sollte und unterstrichen ihre Forderung mit Boykottstreiks. Die Finnen drohten solange zu streiken, bis auch unter estnischer Flagge finnische Löhne gezahlt würden. Im April 2008 entschied der EuGH über das niedersächsische Tariftreugesetz. Dieses sieht vor, dass an öffentlichen Ausschreibungen nur solche Unternehmen (deutsche wie ausländische) teilnehmen dürfen, die sich verpflichten, während des

Auftrages Tariftreue zu zahlen. Alle drei Verfahren gingen im Kern für die Gewerkschaften verloren – das Tariftreugesetz soll rechtswidrig sein und die Arbeitskämpfe wohl auch.

Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, bedurfte es unter anderem einer radikalen Neuinterpretation der europäischen Entsenderichtlinie. Diese galt bisher als großer sozialpolitischer Durchbruch. Sie sollte die Unterbietungskonkurrenz im europäischen Wettbewerb begrenzen, indem Mitgliedstaaten verpflichtet werden, bestimmte soziale Mindeststandards auch für Arbeitnehmer vorzuschreiben, die von ausländischen Unternehmen in einen andern Mitgliedstaat entsandt werden.

Der EuGH entdeckte aber einen ganz anderen Sinn: Die Richtlinie soll nicht Arbeitnehmerrechte wahren, sondern ausländische Unternehmen vor zu hohen Standards schützen. Sie regelt abschließend, was ein Mitgliedstaat verlangen kann. Was nicht drin steht, dürfe er nicht fordern. Was bisher als Mindeststandard galt, wird so zum maximalen Sicherungsniveau. Um dieses fantastische Ergebnis noch unglaublicher zu machen, kommt der EuGH zu dem Schluss, dass diese Richtlinie sich nicht nur an die Mitgliedstaaten wende, die nach dem Wortlaut ausschließliche Adressaten sind, sondern unterwirft auch die Gewerkschaften dieser Regelung. Gewerkschaften solle es deswegen beispielsweise untersagt sein, gegen einen ausländischen Dienstleister Arbeitskämpfe für Löhne zu

führen, die den gesetzlichen Mindestlohn übersteigen. So wird aus der Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindeststandards auch für Arbeitnehmer ausländischer Unternehmen zu gewährleisten, ein Arbeitskampfverbot. Gegen den expliziten Wortlaut des Regelwerks, in dem es heißt: „Diese Richtlinie berührt nicht das Recht der Mitgliedstaaten über kollektive Maßnahmen zur Verteidigung beruflicher Interessen“, also etwa das Streikrecht. Eine Formulierung, die der EuGH vorsichtshalber einfach ignoriert und in seinen Urteilsbegründungen nicht mal erwähnt.

Europa in Arbeit

Und dennoch wäre es ein Kurzschluss, die EU deshalb als Garant des Kapitalismus und „Europa der Bosse“ zu verdammen: Sie ist genau so wenig ein neoliberales Projekt, wie sie automatischer Quell einer besseren Politik ist. Sie ist umkämpftes Terrain, auf dem Fortschritte erstritten werden müssen. Ihre schlechte Verfassung ist auch Ausdruck der schlechten Verfassung fortschrittlicher Kräfte in Europa. Diese haben in den letzten Jahrzehnten kaum eigene politische Gestaltungsvorschläge entwickelt. So fiel die „Nein-Kampagne“ zur EU-Verfassung nach dem Ende des Verfassungsvertrags in sich zusammen, ohne dass versucht wurde, die Deutungshoheit darüber zu erlangen, wie ein besseres Europa denn aussehen könnte. Mit dem Ergebnis, dass der Verfassungsvertrag einfach als Vertrag von Lissabon umetikettiert und erneut serviert wurde.

So bleibt die europäische Linke politisch erschreckend national fixiert – als ob von den Nationalstaaten eine bessere Politik zu erwarten wäre. Dabei bieten die Europäischen Verträge auch Spielräume für eine bessere Politik. Sie enthalten beispielsweise ein europäisches Grundrecht auf Arbeitskampf und trotz der angeführten Urteile bestehen Spielräume, es in sozialen Kämpfen mit Leben zu füllen. Es kommt darauf an, solche Möglichkeiten zu nutzen. Zum Beispiel durch eine Europäisierung der Tarifpolitik, durch europäische Arbeitskämpfe und Tarifverträge in denen sich die Arbeitnehmer in verschiedenen Mitgliedsstaaten nicht länger durch die Akzeptanz ungünstigerer Arbeitsbedingungen unterbieten, sondern diese Konkurrenz in einer solidarischen Politik aufheben.

Felix Stumpf

Einfach mal frei machen!

radikal campen an der Ostsee

Wann immer man nach draußen schaut, gewinnt man leicht den Eindruck, vom Wahnsinn umzingelt zu sein und das kann so aussehen:

Die SPD hat so ne wage Ahnung, dass „Partei Deutschlands“ irgendwie scheiße klingt und versucht sich zu erinnern wofür das „S“ in ihrem Namen wohl steht („Sonderdeliktisch? Spezialdiktatorisch?“) – und sofort beginnen die Meinungsmacher in und außerhalb der Medien was von Linksruck zu klaffen und sehen die Marktwirtschaft bedroht. Dabei ist gar nichts passiert, außer dass jemandem aufgefallen ist, dass so was wie dreifüßlich die Stunde kein angemessener Lohn für niemanden ist, weswegen ein Mindestlohn eine gute Idee wäre und dass angesichts von 2,2 % Inflation die Rente um 1,1 % erhöht werden sollte.

Während sich die Bundesregierung vor Freude, dass der Aufschwung bei den Menschen ankommt, selber auf die Schulter klopft, leben sechs Millionen Menschen von Niedrig- und Armutslöhnen und die Unternehmen genehmigen sich auf steigende Gewinne und sinkende Steuern mal ne kleine Massenentlassung. Angesichts solcher Prachtaussichten hält einen auch die Häme über die geplatzte Immobilienblase und sinkende Aktienkurse nicht lange warm. Im Windschatten der Terrorhysterie hat sich derweil eine Stimmung breit gemacht,

in der sich die Sicherheitsbehörden fast alles zu trauen scheinen: In der Repression gegen abweichende Meinung und Verhalten haben sie nicht nur rund um G8 und in den 129a-Verfahren jedes rechtsstaatliche Maß verloren. Dazu passend bringen die Abschiebe- und Überwachungsminister aus Bund und Ländern ein Gesetz nach dem nächsten zur Beschneidung von Datenschutz, Grundrechten und gesellschaftlicher Freiheit auf den Weg. Auch in den Mehrheitsfraktionen und -koalitionen der Parlamente hat das schlichte Gemüt sich breit gemacht, bei dem keine Grundrechte braucht, wer nichts zu verbergen hat und im Wechselspiel mit dem Bundesverfassungsgericht geht es offensichtlich darum die Grenze des Machbaren immer weiter zu verschieben.

Und sonst? Inhumane Asylpolitik, Studiengebühren, Emanzipationsdebatten mit Christa Müller etc. pp. So scheint es bisweilen, als hätte der Weltgeist den Rückwärtsgang eingelegt und führe die Karre hupend an die Wand.

Weil solche Verhältnisse ein Zustand sind, braucht man davon auch mal Urlaub – auch um zu erkennen, dass früher doch nicht alles besser war und die Greise jeden Alters ihr „Früher“ gern behalten können. Und deshalb veranstalten JD/JL auch dieses Jahr in der Nähe von Wismar das linke Camp zur rechten Zeit.



Das Camp ist inhaltlich der Renner...

Wir machen Pause vom alltäglichen Irrsinn und der Idiotie zum Trotze werden wir die Debatten führen, die wir schon immer führen wollten und zwar so, wie wir sie schon immer führen wollten.

Es wird jeden Tag mehrere inhaltliche Arbeitsgruppen geben. Angesichts von über hundert Teilnehmern aus Deutschland und dem europäischen Ausland und verbunden mit der höchsten Dichte an vernünftigen Menschen überhaupt, verspricht dies so manch schlaues Gespräch, manch tiefe Erkenntnis und sicher den einen oder anderen Streit. Hinzu kommen mindestens eine Podiumsdiskussion und politische Aktion zu geeigneter Zeit an geeignetem Ort.

Darüber hinaus bereiten wir für alle, die einfach nur mal entspannt rumhängen wollen, ein Entertainmentprogramm der internationalen Spitzenklasse. Die Ostsee hat ihr erscheinen angekündigt und dazu kommen Lagerfeuer, gute Gespräche, blaue Flecken beim Fußball, Film und Musik. Es wird Berauschendes geboten und konsumiert – alles in allem also ne Spitzenparty!

Und für all diejenigen, die (wie der Schreiber dieses Beitrages) Zelte sonst nur aus dem Zirkus kennen und für ein Schlag in das Gesicht jener findigen Steinzeitfrau halten, die vor ca. 10.000 Jahren das erste Haus errichtete, gibt es folgenden Trost: Der Zeltplatz ist (für einen Zeltplatz) sehr schön, gezeltet wird auf einer netten Wiese im Schatten von Obstbäumen, neben dem Zeltplatz liegt eine richtige Jugendherberge, mit richtigen Duschen und richtigen Klos. Und vor allem gibt es auf dem Zeltplatz genug Campingskeptiker um mit nöledem Protest und murrender Beharrlichkeit den anwesenden Naturisten und Campingfreunden so richtig auf den Kranz zu gehen und ihnen das Gitarrengeschrubbel nach Kräften zu verleiden – Gitarren zu Pflugscharen!

Und: Das Wetter wird gut! Mag man sich andernorts fragen, ob Politik auch bei Regen sein muss – da wo die Radikaldemokratie die Politik bestimmt, scheint stets die Sonne und zwar nicht nur die der Vernunft! Also: Einfach mal frei machen!

Felix Stumpf

MedienpartnerInnen des JD/JL-Sommercamps:

die tageszeitung
Freitag
Die Ost-West-Wochenzeitung

die linke
auf den punkt gebracht.

im abo. im internet. am kiosk.

Jetzt 3 Wochen
kostenlos und un-
verbindlich testen!

www.jungewelt.de/testabo



jungle-world.com
**Wer braucht
schon Freunde?**
Die neue **Jungle World**. Jeden Donnerstag.

Einfach. Online. Lesen.
Jetzt gratis testen:
www.neues-deutschland.de/epaper



ND-ePaper

Termine:

19. Mai, Frankfurt

Radikaldemokratischer Salon: Schulpflicht

23.-25. Mai, St. Goar

Radikaldemokratisches Wochenende

29. Mai, Berlin

Veranstaltung zur Kampagne „safer privacy“

29. Mai, Bingen

Abendveranstaltung: Antiamerikanismus

29. Mai, Köln

Abendveranstaltung: Geopolitik

05. Juni, Mainz

Tagesseminar: Wirtschaftsdemokratie

22. Juni, Berlin

Tagesseminar: Anti-Atom

27.-29. Juni, Worms

Seminar: Geschlechterverhältnisse

11.-13. Juli, Werftpfuhl bei Berlin

Seminar: Strafrechtskritik

Weitere Infos auf www.jdjl.org



JungdemokratInnen / Junge Linke

parteiunabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 war JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig.

außerparlamentarisch

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen im Gegensatz zur herrschenden Ideologie keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

für radikale Demokratie

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine

selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

für Emanzipation

JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

Coupon

Ich will aktiv werden! Bitte schickt mir Infos

O zum Thema:

Name, Vorname:

Straße, PLZ, Ort:

E-mail: Tätigkeit:

Datenschutzhinweis: Deine Angaben werden von uns gespeichert und nur intern an unsere Landes- oder Kreisverbände weitergegeben. Eine Weitergabe an Dritte ist in jedem Fall ausgeschlossen. Du kannst jederzeit über deine gespeicherten Daten Auskunft bekommen und ihre Berichtigung oder Löschung verlangen. Mit dem Absenden dieses Coupons erklärst du dich damit einverstanden.

Impressum:

tendenz - Magazin des Bundesverbandes der JungdemokratInnen/Junge Linke

Die Publikation wird mit Mitteln des BMFSFJ gefördert.

JungdemokratInnen/Junge Linke BV
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin;
Tel.: 030 / 440 248-64, Fax: -66;
info@jdjl.org / www.jdjl.org

Redaktion: Gesa Heinbach, Gunther Heinisch, Lasse Klopstein, Geraldine Hohn, Felix Werdermann, Vera Wallrodt (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Gunther Heinisch
Bildredaktion: Sonja Erkens
Druck: Caro-Druck Frankfurt/Main

tendenz versteht sich als offenes Publikationsorgan der JungdemokratInnen / Junge Linke. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig ausgehändigt ist. *tendenz* kostet im Abo 4,- Euro/Jahr. Im Mitgliedsbeitrag von JD/JL ist dieser Betrag bereits enthalten.